

Unabhängige

Historische Kommission

zur Geschichte der CDU in Thüringen und in
den Bezirken Erfurt, Suhl und Gera von 1945 bis
1990

Bericht der Kommission

zu den Forschungsergebnissen von
Herrn Dr. Bertram Triebel



30. September 2018

Die vom Landesverband Thüringen der CDU am 20. Juli 2015 einberufene „Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte der CDU in Thüringen und in den Bezirken Erfurt, Suhl und Gera von 1945 bis 1990“ bestand aus folgenden Mitgliedern: Dr. Manfred Agethen, Christian Dietrich, Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (Vorsitzender), Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters, Dr. Ehrhart Neubert, Dr. Henning Pietzsch, Prof. em. Dr. Josef Pilvousek, Dr. Cornelia von Ruthendorf-Przewoski, Dr. Siegfried Suckut, Prof. Dr. Hermann Wentker (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Thomas Widera.

Die Historikerkommission konstituierte sich in einer ersten Sitzung am 28.9.2015 und traf sich im Folgenden zu sieben weiteren Sitzungen: am 20.1.2016, am 15.6.2016, am 28.6.2016, am 11.1.2017, am 10.7.2017, am 2.2.2018 und am 5.9.2018.

Die Historikerkommission wählte in ihrer zweiten Sitzung am 20.1.2016 Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller zu ihrem Vorsitzenden und Prof. Dr. Hermann Wentker zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden. Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters wurde in dieser Sitzung als weiteres Kommissionsmitglied kooptiert. In dieser Sitzung legte die Historikerkommission auch ihren Arbeitsauftrag fest:

- Für die Jahre 1945-1952 wurde als Leitfrage gewählt: Auf welche Weise wurde die CDU zu einer systemkonformen Partei und zu einem integralen Bestandteil der SED-Diktatur?
- Für die Jahre 1952-1985: Inwieweit und auf welche Weise trug die CDU zum Funktionieren der SED-Diktatur bei?
- Für die Jahre 1985-1990: Welche Rolle spielte die CDU bei der Erosion der SED-Herrschaft, und wie fand die Partei wieder aus der Diktatur heraus?

Die Historikerkommission gab daraufhin eine Untersuchung in Auftrag mit dem Titel „Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR“, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung über einen Werkvertrag finanziert wurde. Nach einer öffentlichen Ausschreibung wählte die Historikerkommission in ihrer Sitzung am 28.6.2016 einstimmig Dr. Bertram Triebel als Bearbeiter aus und beauftragte ihn mit dem Verfassen einer Studie, die den aktuellen Forschungsstand zur CDU in der SBZ/DDR zusammenfassen und für die drei Fallbeispiele der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl neue Erkenntnisse durch Archivrecherche erarbeiten sollte. Als Bearbeitungszeit wurden zwei Jahre vereinbart.

Die Historikerkommission begleitete auf ihren folgenden Sitzungen die Forschungsarbeit von Dr. Triebel. Der Bearbeiter stellte in regelmäßigen Abständen seine Arbeitsergebnisse in Zwischenberichten vor und legte im zweiten Jahr auch Manuskriptentwürfe vor. Die Kommission diskutierte die Arbeit mit Dr. Triebel in allen Arbeitsphasen, ohne die Verantwortung des Verfassers für den Inhalt seiner Studie zu beschneiden. Alle Sitzungen waren von einer konzentrierten und konstruktiven Arbeitsatmosphäre geprägt und wurden sowohl von der Kommission als auch von Dr. Triebel als hilf- und ergebnisreich empfunden.

Die Mitglieder der Historikerkommission nahmen am 27.6.2016 an der Tagung „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten“ – Blockparteien in der SED-Diktatur“ teil; der Vorsitzende stellte dort den Arbeitsauftrag der Kommission vor. Außerdem nahm der Kommissionsvorsitzende an zwei Zeitzeugenforen teil, die vom Landesverband der CDU organisiert worden waren.

Dr. Bertram Triebel legte seine Studie schließlich innerhalb der vereinbarten Laufzeit am 19.7.2018 der Kommission vor. Gestützt auf die Ergebnisse seiner Untersuchung hält die Kommission folgende Befunde fest:

1. Die CDU wurde 1945 in der SBZ als demokratische Partei gegründet und durch den Druck der sowjetischen Besatzungsmacht sowie der SED zu einer nachrangigen Blockpartei degradiert. Die erzwungene Transformation zu einer zentralistischen Kaderpartei führte zu einer bedingungslosen Anerkennung des Sozialismus als herrschende Staatsdoktrin, zu einer strukturellen Eingliederung in das Herrschaftssystem der DDR sowie zur Übernahme des politischen Organisationsprinzips der SED („demokratischer Zentralismus“). Die CDU diente, wie auch die anderen Blockparteien, dazu, den diktatorischen Charakter des Regimes zu verschleiern und den Wandel der DDR zu einem sozialistischen Staat nach sowjetischem Modell zu unterstützen.
2. Die Transformation der CDU in Thüringen war mit der Abschaffung des Landesverbandes und der Neustrukturierung in die drei Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl im Jahre 1952 nicht abgeschlossen. Vielmehr war diese Transformation ein mehrjähriger konfliktreicher Prozess, der bis zum Mauerbau 1961 anhielt. Diese Phase war gekennzeichnet durch die Elemente:

- a. Zentralisierung: Mit der Schaffung der Bezirksverbände ging eine Entmachtung der unteren Parteiebenen einher. Das Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ sah vor, dass höhere Gremien Wahlen absegnen mussten bzw. Personen von oben eingesetzt wurden. Dabei waren die Bezirksvorsitzenden Statthalter der Parteiführung in Ost-Berlin, während die Kreissekretäre zwischen Führung und Basis standen: Einerseits mussten sie für die Umsetzung der zentralen Beschlüsse sorgen, andererseits die Wünsche und Interessen der Parteimitglieder beachten.
 - b. Personeller Austausch: Andersdenkende wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED unterdrückt und verfolgt. Sie flohen daraufhin häufig aus der SBZ/DDR in die Westzonen bzw. die Bundesrepublik. Kritische Geister wurden zudem durch Mandatsentzug und Parteiausschluss aus der CDU herausgedrängt. Bei Kontakten zum Ost-Büro der CDU in West-Berlin kam es zu Festnahmen wegen „Spionageverdacht“ und auch zu Schauprozessen gegen CDU-Mitglieder, zum Beispiel 1952 in Erfurt.
 - c. Politische Unterordnung: Die CDU musste die führende Rolle der SED und den Sozialismus als Staatsdoktrin anerkennen. Im innerparteilichen Ringen um den eigenen Kurs setzten sich diejenigen durch, die für eine Eingliederung in die „Nationale Front“ unter Führung der SED eintraten. Sie hegten die Hoffnung, an der Macht teilzuhaben, die eigenen Karriereaussichten zu verbessern und modifizierenden Einfluss auf die Politik der SED nehmen zu können. Der Preis für diesen Kurs war ein erheblicher Schwund an Führungspersonal und Parteimitgliedern.
3. Von Beginn an stieß die CDU an die Grenzen ihres politischen Einflusses. Bereits im November 1945 entließ die Sowjetische Militäradministration deren ersten Vorsitzenden Andreas Hermes, da dieser seine Zustimmung zur Bodenreform verweigert hatte. Bei den Kommunal- und Landtagswahlen von 1946 wurde die Partei systematisch benachteiligt. Und wer die sowjetische Besatzungsmacht offen kritisierte, konnte zu langjähriger Lagerhaft verurteilt werden.

4. Im Zuge der Transformation der CDU tat sich eine wachsende Kluft zwischen Parteiführung und Parteibasis auf. Die Absetzung des zweiten Parteivorsitzenden Jakob Kaiser im Dezember 1947 durch die SMAD beendete den Kurs, die CDU als Opposition zur SED in Stellung zu bringen. Fortan agierten die Parteiführungen kompromissorientiert, während für die Basis Jakob Kaisers nicht-marxistische Ausrichtung der CDU maßgeblich blieb.
5. Infolge des Umwälzungsprozesses in den 1950er Jahren verließ knapp ein Drittel der Mitglieder die drei Thüringer Bezirksverbände. Infolgedessen hatte die Partei mit einer schwierigen Finanzlage und einer hohen Personalfuktuation zu kämpfen. Gleichzeitig beschleunigte die Parteiführung die Transformation der CDU. Die von Generalsekretär Gerald Götting vorangetriebene „Säuberung“ der Partei von Mitgliedern, die sich dem Führungsanspruch der SED nicht unterordnen wollten, erfasste auch die drei Thüringer Bezirksverbände.
6. Die CDU beteiligte sich als Blockpartei im Rahmen der Nationalen Front an den Einheitslistenwahlen in der DDR. Damit trug sie zur Legitimierung der SED-Herrschaft durch ein schein-demokratisches Ritual bei.
7. Als „Bündnispartnerin“ der SED erkannte die CDU deren führende Rolle und den Sozialismus als verbindliche Staatsdoktrin an. Die CDU war somit integraler Bestandteil des politischen Systems und trug zum Erhalt der Diktatur bei. Sie hatte als Blockpartei allerdings einen Doppelcharakter: Sie erfüllte eine systemstabilisierende Funktion, indem sie einerseits im Auftrag der SED um eine Integration von Milieus in die DDR bemüht war, die der SED fernstanden. Andererseits verstanden sich viele Mitglieder als weltanschaulich Andersdenkende und sahen die CDU als mögliche politische Heimat von Christen in der DDR.
8. SED und CDU befanden sich in einem streng hierarchischen Kooperationsverhältnis. Die CDU stellte die Führungsrolle der SED offiziell nicht in Frage und ordnete sich ihr auch im politischen Alltag unter. Stets stimmte sie ihre politischen Aktivitäten mit der SED ab. Es war nicht ihre Absicht, um die politische Macht zu konkurrieren, und ihre Parteifunktionäre entwickelten keine eigenständigen politischen Initiativen. In diesem engen

vorgegebenen Rahmen verstand sich die CDU durchaus als Interessenvertreterin ihres gesellschaftlichen Milieus, insbesondere der Christen in der DDR, was umgekehrt allerdings nicht in gleichem Maße der Fall war. In der Praxis war sie ohnehin eher deren mindermächtige Fürsprecherin gegenüber der Staatsmacht.

9. Die CDU hatte von der SED die Aufgabe zugewiesen bekommen, bürgerliche und christliche Milieus in das sozialistische Gesellschaftssystem integrieren zu helfen. Diese Transmissionsfunktion nahm die CDU auch wahr. Sie betrieb jedoch keine unabhängige Kirchenpolitik, sondern folgte auch hier den Vorgaben der SED. Ihre Hauptaufgabe war, kirchliche Amtsträger für den sozialistischen Staat zu gewinnen, die als Multiplikatoren wirken konnten. Eine Vermittlerrolle gegenüber den Kirchen hatte die CDU noch am ehesten in den 1950er Jahren. Danach verhandelte die SED direkt mit den Kirchen, so dass die CDU auch in dieser Funktion eingeschränkt wurde. Überdies stieß sie bei den Kirchen auf Vorbehalte, oft auf offene Ablehnung.
10. Eine Besonderheit Thüringens bildeten das Eichsfeld und die Rhön als zwei Kerngebiete der katholischen Kirche in der DDR. Hier gelang es der CDU zwar kaum, Priester zum Besuch von Parteiveranstaltungen zu bewegen, sie behielt aber auch in den 1970er und 1980er Jahren ihre Rolle als Vermittlerin zwischen Staat und Kirche. Trotz aller Distanz der Kirche zur Union hatte diese ihre Hochburgen in diesen katholisch geprägten Gebieten Thüringens.
11. Mangels politischen Handlungsspielraums in der SED-Diktatur beschäftigte sich die CDU sehr stark mit sich selbst. Sie befürchtete stets einen Bedeutungsverlust und phasenweise sogar die Auflösung der Partei. Sie wachte darüber, bei der Vergabe von Ämtern und Funktionen in „Volksvertretungen“ und in der regionalen staatlichen Verwaltung angemessen berücksichtigt zu werden. Die Werbung von neuen Mitgliedern machte sie zu einer ihrer Hauptaufgaben. Kontroversen mit der SED entzündeten sich vor allem an Personalfragen, z.B. bei der Auswahl von Kandidaten für bestimmte Ämter und Funktionen oder der Mitgliederwerbung. Hier wurden bisweilen sogar Vorgaben der SED missachtet oder Mitgliederstatistiken gefälscht. Dabei bewies die CDU, obwohl sie eine systemtragende Organisation war, institutionelles Eigeninteresse.

12. Im Rahmen des Kooperationsverhältnisses mit der SED war es für die CDU durchaus möglich, Eigensinn an den Tag zu legen. Er bestand zum Beispiel darin, Informationen nicht an die SED weiterzugeben oder deren Vorgaben zu ignorieren. Formen des Eigensinns fanden sich vor allem bei den unteren Funktionären, die Parteiführung verhielt sich weitestgehend systemkonform. Doch selbst Parteimitglieder, die sich mitunter kritisch äußerten, stellten das politische Herrschaftssystem nicht offen in Frage. Austritte aus Protest sind nach dem Mauerbau vergleichsweise selten zu finden.
13. Die CDU wurde vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht. Erstens fanden regelmäßige dienstliche Treffen mit Parteifunktionären statt, die als Informationsquelle über das Innenleben der Partei genutzt wurden. Zweitens ließ sich das MfS von „inoffiziellen Mitarbeitern“ Informationen zutragen. Eine herausragende Rolle spielten dabei die IM in den Bezirks- und Kreissekretariaten der CDU. Das MfS nutzte die gewonnenen Informationen vor allem, um bei der Besetzung von Ämtern Einfluss zu nehmen oder missliebige Amtsträger loszuwerden.
14. Die Parteiführung solidarisierte sich nicht mit ihren Mitgliedern, wenn diese in Konflikt mit der Staatsmacht gerieten. Ausreisewillige wurden zum Beispiel umgehend aus der Partei ausgeschlossen.
15. Die Gründe für eine CDU-Mitgliedschaft waren unterschiedlich, häufig war eine christliche Prägung ausschlaggebend. Mit dem Beitritt zur CDU wurde man Teil einer systemtragenden Partei und signalisierte zugleich eine gewisse Distanz zur SED. Eine Mitgliedschaft war deshalb für Menschen attraktiv, die sich auf die DDR einließen und sich politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich engagieren wollten, für die aber der Eintritt in die SED nicht in Frage kam.
16. Die CDU war ein Ort der Vergemeinschaftung. Bei den Versammlungen auf Orts- oder Kreisebene traf man auf Gleichgesinnte, mit denen man sich über politisch-gesellschaftliche Themen austauschen sowie für das jeweilige lokale Umfeld engagieren konnte. Die CDU hatte somit auch eine Ersatzfunktion und übernahm bis zu einem gewissen Grad die Rolle von staatsunabhängigen Vereinen und Bürgerinitiativen, die in der DDR nicht gegründet werden konnten, da die SED jede Form von gesellschaftlicher Selbstorganisation

jenseits der von ihr gesteuerten Massenorganisationen unterband. Die CDU bot daher einen institutionellen Rahmen für gesellschaftliches Engagement im lokalen Umfeld.

17. Die CDU blieb eine staatsloyale Partei bis zum Ende der SED-Herrschaft. Allerdings wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vor dem Hintergrund von Gorbatschows Reformpolitik Forderungen nach einem schärferen Profil und mehr Mitsprache für die eigene Partei vernehmbar. Als die Macht der SED zu erodieren begann, stellten sich Teile der CDU-Basis auf die Seite der Protestbewegung, indem sie sich zum Beispiel an der Wahlbeobachtung bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 beteiligten. Die Parteiführung sprach sich allerdings auch noch in dieser finalen Krise des Systems gegen eine Reform des Wahlablaufs aus. Parteiinterne Kritik an den nachgewiesenen Wahlfälschungen wurde von den Bezirksleitungen abgewiegelt.
18. Im Herbst 1989 erfolgten – zunächst noch eher zögerlich – die Loslösung der CDU von der SED und ihre Erneuerung als demokratische Partei. In diesem Kontext ist auch der „Brief aus Weimar“ zu sehen: Autoren waren vier Thüringer CDU-Mitglieder aus dem kirchlichen Umfeld. Der Brief nahm für die damalige revolutionäre Entwicklung typische Forderungen auf und gab den Anstoß für eine innerparteiliche Demokratisierung, welche die Parteiführung um Gerald Götting selbst mit internen Disziplinierungsversuchen nicht länger unterbinden konnte.
19. Am 20. Januar 1990 schlossen sich die Bezirksverbände Gera, Erfurt und Suhl zum Thüringer Landesverband zusammen. Er war der erste neue Landesverband der ostdeutschen CDU nach dem Mauerfall. Die CDU übernahm die bestehenden Parteistrukturen in den Gemeinden und Kreisen einschließlich ihrer Mitglieder. Dies sollte sich in den Wahlkämpfen des Jahres 1990 als großer Vorteil erweisen. Zugleich trat sie damit das historische Erbe der DDR-CDU an.